

Allgemeiner Anzeiger

für das Holme- und Ennepe-Gebiet

Halverscher Allgemeiner Anzeiger
Schalksmühler General-Anzeiger

Ämtliches Publikationsorgan
Erscheinungsort: Halber i. Westf. / Ruf 442

Allgemeiner Anzeiger für das Amt
Kierspe / Breckerfelder Tageblatt

Erscheint werktäglich / Monatlicher Bezugspreis durch die Post RM. 1.80 (einschließlich 30 Pfg. Postgebühr und 36 Pfg. Zustellgebühr) / Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder teilweise Zurückzahlung des Bezugspreises / Anzeigenpreise: 1 mm hoch, 46 mm breit 8 Pfg., Neblame 1 mm hoch, 90 mm breit 30 Pfg. / Nachschlüssel A nach Preisliste 3 / Offertgebühren 30 Pfg. und Porto.

Geschäftskunden: Schalksmühle: Herm. Piepenstock; Oberbrügge: Rob. Wasserfuhr;
Kierspe: Bahnhof: Frh. Becker; Kierspe: Frh. Schaefer.
Rönsahl: Walter Crone; Breckerfeld: Fr. Klett

Nr. 126

Samstag, den 2. Juni (Brachmond) 1934

33. Jahrg.

Neue Vertagung in Genf

Letzter Rettungsversuch für Genf.

Neue Atempause für die Abrüstungskonferenz.

Zu Beginn der Freitag-Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab Präsident Henderson eine Erklärung ab, in der er auf die äußerst kritische Lage der Konferenz hinwies und vorschlug, nach Anhörung der drei noch auf seiner Liste stehenden Redner die Aussprache bis zum Dienstag nächster Woche zu unterbrechen, damit in der Zwischenzeit eine Einigungsmöglichkeit gefunden werde.

Henderson führte aus, er glaube, daß die gegenwärtige Lage der Konferenz „bedenklicher sei als jemals“ seit Beginn der Konferenz. Die Schwierigkeiten könnten nicht dadurch überwunden werden, daß man hier zusammenkomme und „lediglich Reden“ halte. Am Montag solle das Konferenzpräsidium zusammentreten, nachdem die Mitglieder des Hauptausschusses während des Wochenendes Zeit „zum Überdenken der Lage“ gehabt hätten. Er hoffe, daß es dann möglich sei, einen Weg zu finden, auf dem man vorwärtstomme.

Danach ergriff der polnische Außenminister Bed das Wort.

Er wies einleitend darauf hin, daß die direkten Verhandlungen zwischen einer beschränkten Zahl von Mächten außerhalb des Organismus der Abrüstungskonferenz Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Mächten offenlegen hätten, die innerhalb der Konferenz einen Pessimismus hervorgerufen hätten, den niemand beschreiben könne. Die polnische Regierung — so fuhr der Redner fort — hat an diesem Gedankenanstausch nicht teilgenommen und kann sich daher auch in keiner Weise gebunden fühlen durch die Lösungen, die in dieser oder jener Phase der Verhandlungen vorgeschlagen worden sind.

Auch Polen lehnt den Litwinow-Plan ab.

Der polnische Außenminister ging dann zu dem Vorschlag des russischen Volkskommissars, Litwinow, nach Schaffung einer sogenannten „Friedenskonferenz“ über und meinte, daß dieser Plan zwangsläufig zu einer Reform des Völkerbundes führen müsse. Dieses sei wohl an sich notwendig, aber im Augenblick habe die Konferenz, die an und für sich schon mit den größten Schwierigkeiten kämpfe, die ihr durch den Völkerbund begrenzte Aufgabe der Aufrechterhaltung des Friedens zu erfüllen. Das heißt, die Konferenz müsse das klare Ziel der

Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen haben. Die polnische Regierung habe unter Berücksichtigung dieses Zieles sich während der ganzen Dauer der Konferenz enthalten, das Budget der nationalen Verteidigung anders abzuändern als in dem Sinne einer Verringerung. Sie habe so ihren Willen bekräftigt, in keiner Weise ihre militärischen Anstrengungen zu erhöhen.

Dann fuhr Bed fort: „Mit Unruhe haben wir im Laufe unserer Arbeiten hier immer wieder die Tendenz beobachtet, unsere Debatte auf neue Gebiete auszudehnen, die sich immer mehr von denjenigen entfernen, auf die sich die Konferenz im Einklang mit ihrer Aufgabe eigentlich beschränken mußte. Nach unserer Meinung können wir konkrete Ergebnisse nur dann erreichen, wenn wir uns nach und nach mit den Problemen beschäftigen, die geeinigt sind, die einstimmige Zustimmung aller Staaten zu finden.“

Zum Schluß gab Bed im Namen seiner Regierung die Erklärung ab, daß Polen auf dem Gebiete der Verminderung und Begrenzung der Rüstungen alle Maßnahmen annehmen wird, die einen allgemeinen Charakter haben und die auf alle Staaten angewendet werden.

Sicherheit nur durch Abrüstung!

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach der schwedische Außenminister Sandler.

Er erklärte, es sei unmöglich, selbst unter den verschiedenen Gesichtspunkten der Rüstungsbegrenzung zu einem alle Rüstungskategorien umfassenden Abkommen zu gelangen. Überall in der Welt werde aufgerüstet, und es sei eine wichtige Aufgabe der Konferenz, diese tatsächliche Aufrüstung mindestens zu regulieren.

Die Abrüstung wäre das beste Mittel, um die Gleichberechtigung herzustellen.

Unter den jetzigen Umständen könne und müsse immer noch ein entscheidender Schritt zur kontrollierten Gleichheit getan werden.

Er verstehe sehr gut, daß ein Volk sich entehrt fühlen müsse, wenn es in einem Zustand minderen Rechts gehalten werde.

Hinsichtlich der Sicherheitsfrage wäre es zweckmäßig, die Kräfte auf einen Punkt, nämlich auf die Ausführungsgarantien zu richten. Jedenfalls würde Schweden keine neuen Verpflichtungen hinsichtlich der Sicherheit übernehmen, wenn nicht effektive Abrüstungsmaßnahmen eingeleitet würden.

Nur eine allgemeine Abrüstung würde am Ende ein Sicherheitsregime für alle bedeuten.

Erklärung der neutralen Mächte.

Im Anschluß hieran verlas Sandler eine gemeinsame Erklärung der dänischen, niederländischen, norwegischen, schwedischen, schweizerischen und spanischen Delegation über das Memorandum dieser Länder vom 14. April 1934. In der Erklärung wird betont, daß diese Länder an ihrer damals dargelegten Auffassung vor allem hinsichtlich der Abrüstung, der Sicherheit und der Gleichberechtigung festhalten. Auf dieser Grundlage unterbreiten sie dem Hauptausschuß eine Reihe von Erwägungen, die u. a. fordern:

Die Einsetzung eines Sonderkomitees zur Prüfung der Frage der Ausführungsgarantien der künftigen Konvention, die unverzügliche Prüfung der Frage der Errichtung einer wirksamen Kontrolle über den Handel und die Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial durch das Konferenzpräsidium. Ferner soll das Präsidium sobald wie möglich den Text des Vertragsentwurfes vom 27. Januar 1933 hinsichtlich der vom englischen Außenminister in seiner Rede vom 30. Mai erwähnten Probleme, nämlich des chemischen Krieges, der Offenlegung der Rüstungsausgaben, der Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission sowie des Waffenhandels revidieren.

Angesichts der Notwendigkeit, jeden interessierten Staat zu befragen und angesichts der Tatsache, daß Deutschland an den Arbeiten der Konferenz nicht teilnimmt, soll das Präsidium ferner ermächtigt werden, jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, die ihm ermöglichen würde, den vorgeschlagenen Entwurf hinsichtlich aller Staaten zu ergänzen.

Vertagung auf nächsten Mittwoch.

Nachdem der schwedische Außenminister gesprochen hatte, ergab sich eine für die Verhältnisse der Konferenz überraschende Fülle von Wortmeldungen und Anträgen, die Henderson veranlaßten, die nächste Sitzung des Hauptausschusses entgegen seiner ursprünglichen Mitteilung auf nächsten Mittwoch anzuberaumen, um dem Präsidium, das am Montag zusammentreten soll, die Möglichkeit zur gründlichen Beratung der eingereichten Anträge zu geben.

Litwinow spricht erneut.

Dann meldete sich der sowjetrussische Volkskommissar Litwinow zum Wort. Er führte u. a. zu den drei Punkten Simons, die den Mindestinhalt eines Abkommens bilden sollen, aus: Der chemische Krieg sei bereits durch ein Abkommen verboten, das aber nur von einer Anzahl von Staaten ratifiziert worden sei. Unter denen, die nicht ratifiziert, befinde sich „ein heute abwesender Staat“ und man müsse fragen, wie ein solches Abkommen dieser Art „von ihm

„Die Welt steht nicht still.“

Gefahren für Europa. — Eigensüchtige Gläubiger. — Gefallene Fesseln.

Das Bistwort eines der Meister der französischen Diplomatie, Talleyrands, daß nämlich die Worte dazu da sind, um die Gedanken zu verbergen, wurde von seinem Landsmann, dem jetzigen französischen Außenminister Barthou, auf der Abrüstungskonferenz — die man zweckmäßigerweise wohl nur in Anführungsstrichen erwähnen — wirklich ganz unbeachtet gelassen. Was aus dessen Worten sprach, war ein Frankreich, an dem ebenso die Entwicklung der Nachkriegszeit spurlos vorübergegangen ist, wie ihm das Auge verschlossen zu sein scheint vor einer Zukunft, über die der englische Kollege Sir Simon mit einem vielleicht absichtlich vieldeutigen Ausdruck erklärte: „Europa hat mit neuen Gefahren zu rechnen, und die Regierungen können von einer Behandlung nicht durch das hohle Argument abgehalten werden, daß in Genf noch eine Konferenz tagt.“ England denkt heute „weltpolitisch“ denn je, — und hat ja schließlich auch einige Veranlassung dazu! Sir Simon in diesem Zusammenhang gesprochenes Wort, die allgemeine Lage in der Welt würde sich auch dann ändern, wenn die Genfer Konferenz keinen wirklichen Schritt vorwärts machen könnte, hat er in zwar nicht ganz origineller, aber doch in einer diplomatisch auffallend drastischen Form zu dem Satz zusammengepreßt: „Während wir reden, steht die Welt nicht still!“ Barthou aber verlangt, daß zum mindesten in Europa alles, reiflos alles so zu bleiben hat, wie die Buchstaben der Pariser „Vorortbikate“ es bestimmt haben. Ähnlich wie jener jüdische Heerführer aus dem Alten Testament fordert er: „Sonne stehe still über Europa!“ Aber anders als dem Josua tat ihm die Sonne diesen Gefallen denn nun doch nicht, am wenigstens deswegen, weil in Genf — Neben gehalten werden. Und weil die Welt inzwischen weitergegangen ist, will Frankreichs Politik — und wollte es schon unter allen Vorgängern Barthous seit Briand, der einmal jeden Antrag auf Revision der Versailles Bestimmungen drohend als „Kriegsfall“ bezeichnete — das Rad der Entwicklung einfach wieder rückwärts drehen.

aufgenommen“ würde. Das gleiche gelte von der Offenlegung der Rüstungsausgaben. Zum dritten Punkt der Simon-Vorschläge, eine ständige Abrüstungskommission einzusetzen, meinte Litwinow, es wäre besser,

die ganze Konferenz in Permanenz zu erklären.

Die Aufgabe dieser ständigen Konferenz wäre die Ausarbeitung von Sicherheits- und Friedensgarantien neben der weiteren Behandlung der Abrüstungsfrage. Wenn man jetzt aus politischen Gründen, die stärker seien als die Konferenz, zu keiner Abrüstungskonvention gelangen könne, wenn die Kriegsgefahr nicht abnehme, sondern immer größer werde, solle man dabei auf Maßnahmen, die diese Gefahr abwenden können, verzichten, nur weil sie keine Abrüstungsmaßnahmen sind?

Litwinow sprach zum Schluß von einem Frieden der Solidarität und der gegenseitig verbürgten Sicherheit und stellte den formellen Antrag, die gegenwärtige Konferenz jetzt schon in eine Friedenskonferenz umzuwandeln und in Permanenz zu erklären.

Der türkische Außenminister Rüschdy Bey legte sodann einen Entschließungsentwurf vor, dem sich Titulescu im Namen der Kleinen Entente und Marinos im Namen der Mitglieder des Balkan-Paktis ausdrücklich anschlossen. Dieser Entschließungsentwurf fordert gemäß dem Vorschlag des englischen Außenministers von der Konferenz unterzeichnungsbereite Protokolle über die Fragen des chemischen Krieges, der Offenlegung der Rüstungsausgaben und der Schaffung der ständigen Abrüstungskommission, die sich mit der Kontrolle der Abrüstung und der Sicherheit beschäftigen würde. Ferner soll die Konferenz unverzüglich das gesamte Problem der Sicherheit in Angriff nehmen.

„Die Lage niemals kritischer als jetzt.“

Henderson über die Genfer Konferenz. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat einem Reuter-Berichter folgende Erklärung abgegeben:

„Die Lage ist in den 2½ Jahren seit Beginn der Abrüstungskonferenz niemals kritischer gewesen als jetzt. Sie wird hoffnungslos werden, wenn nicht eine schnelle Änderung eintritt. Die Lage ist derge, daß die Delegationen äußerst zurückhaltend sind ihre Stellung darzulegen, und die Besprechungen werden möglicherweise in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu Ende gehen.“

Sir John Simon will Genf verlassen.

Der englische Außenminister Sir John Simon hat beschlossen, aus Genf abzureisen. Da dieser Entschluß unmittelbar nach einem vom französischen Außenminister Barthou für Sir John Simon veranstalteten Frühstück bekanntgegeben wurde, vermutet man, daß eine englisch-französische Verständigung sich als unmöglich erwiesen hat. Nur ganz neue Tatsachen könnten, so wurde unter der Hand erklärt, den Entschluß des englischen Außenministers noch rückgängig machen.

Eine solche Art von „Reaktion“ ist aber der Welt, solange sie steht, noch niemals gut bekommen, weil nämlich diese Welt die unangenehme Angewohnheit hat, nicht stille stehen zu wollen oder gar sich auf eine unabsehbare Dauer „rückwärts revidieren“ zu lassen.

Wie groß dieses „natürliche Schwergewicht“ der Dinge und ihrer Entwicklung ist — wobei man davon freilich nicht eine Wirkung von heute auf morgen erhoffen sollte, auch nicht erhoffen kann! —, hat wieder der Ausgang der fast überlangen Konferenz bewiesen, die in Berlin mehr als vier Wochen hindurch mit den Vertretern der Gläubiger der deutschen lang- und mittelfristigen Auslandsanleihen stattfand. So gar das französische amtliche Telegraphen-Büro sprach in seinem Bericht über das Ergebnis dieser Transferkonferenz von der „Unmöglichkeit, die weit auseinandergehenden Interessen der Gläubiger unter einen Hut zu bringen“. Auf der anderen Seite steht die von der Konferenz anerkannte Leistungsfähigkeit Deutschlands, seine Schulden an die Gläubiger in ausländischer Währung zu bezahlen, — und das letztere kann als alleinige Tatsache nur der Ausgangspunkt für das sein, was wohl schon in sehr baldiger Zeit erfolgen wird. Besser gesagt: Was aus dieser Tatsache gefolgert werden muß. Der Versuch jedes der Gläubiger, sich aus dem winzig klein gewordenen deutschen Devisenfutchen ein möglichst großes Stück herauszuschneiden, ist mißglückt, hatte aber nun zur Folge, daß die ursprünglich vorgesehene und vor allem deutscherseits angestrebte Lösung dieses Teils der Schuldenfrage im Gesamtrahmen der weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten ebenso wenig gelang wie auf der ersten Transferkonferenz vor etwa einem Jahre anläßlich der Londoner Weltwirtschaftskonferenz. Da also die Gläubiger so ziemlich in allem uneins waren, taten sie das, was in solchen Fällen auch im Geschäftsleben bei anderen Vergleichsverfahren zu geschehen pflegt: Man ersucht den — Schuldner, einen Vergleichsvorschlag zu machen! Das hat denn die Reichsbank auch getan. Ungern genug, weil man damit doch nur eine weitere Hinausschiebung der täglich dringlicheren Schuldenregelung herbeiführen konnte. Aber die Reichsbank tat es doch, weil sie ebenso wie die Reichsregierung

Saarabstimmung Mitte Januar?

Ein neuer Vorschlag zur Abstimmungsfrage.

In Genf wurden in später Nachtstunde des Donnerstags nach mehrstündigen Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschlands, Italiens und Frankreichs Formulierungen für die Lösung der Abstimmungsfrage im Saargebiet festgelegt, die den Regierungen Deutschlands und Frankreichs zur Beschlussfassung übermittelt worden sind. Wie in Genf verlautet, sind in dem Vorschlag folgende vier Punkte enthalten:

1. Das Datum der Abstimmung, das sehr nahe bei dem 10. Januar 1935 liegen soll, so daß in diesem Punkt das Saarstatut und die Bestimmungen von Versailles eingehalten werden würden.

2. Die Frage der Abstimmungspolizei, die nach Alois Vorschlag so geregelt worden ist, daß grundsätzlich Saarländer in die Polizei eingestellt werden sollen, und nur im Notfall mit der Zustimmung Alois auch höhere Polizeibeamte aus anderen Staaten hinzugezogen werden sollen.

3. Die Garantieforderung. Sie ist in dem Vorschlag so geregelt, daß sich die Garantieverpflichtungen nur auf die Abstimmungsberechtigten und ihre Familien erstrecken sollen, daß aber der Rat die Möglichkeit haben soll, eine Ausdehnung zu beschließen.

4. Die Abstimmungsgerichte. Sie sollen bis drei Monate nach der Rückgliederung der Saar tagen; die Bildung der Abstimmungskommission soll sofort vorgenommen werden.

Die Wahrheit über die Saar.

Vizekanzler von Papen vor der Berliner ausländischen Presse.

Im Rahmen eines Pressefrühstücks des Vereins der ausländischen Presse in Berlin hielt Vizekanzler von Papen eine Rede über außenpolitische Fragen, in deren Mittelpunkt vor allem Ausführungen über die Saarfrage standen. Er kennzeichnete einleitend die Zumutung, daß sechzehn Jahre nach Beendigung des Weltkrieges eine große Nation gezwungen werden soll, durch Abstimmung festzustellen, zu welchem Vaterlande sich ein Teil seiner Mitbürger bekennt, als den Ausfluß imperialistischer Geistes. Das ist der Geist, gegen den das neue Deutschland kämpft.

Wir haben nie verzichtet und werden nie darauf verzichten, der ganzen Welt durch die Abstimmung zu beweisen, wie deutsch das Volkstum in der deutschen Westmark ist.

Die Hoffnung auf einen Anschluß an Frankreich ist ja nun wohl endgültig geschwunden, nachdem mit der Lüge von 130.000 Saarfranzosen endgültig aufgeräumt worden ist. Bleibt die Hoffnung auf die Abstimmung zugunsten des Status quo. Das würde die Fortdauer einer fremdstaatlichen Regierung bedeuten, die nach der eigenen Meinung des jetzigen Präsidenten Knox

ausschließlich auf dem Wege der Diktatur regieren könnte, wie sie es in der Tat auch heute und seit fünfzehn Jahren tut. Diktatorisch regieren kann man nur eine begrenzte Weile, zumal wenn die Diktatoren nur die Agenten fremdländischer Regierungen sind. Wirtschaftlich gesehen, müßte sich dieses so regierte Gebiet einem der beiden Nachbarländer anschließen. Dafür käme in diesem Falle als Beherrscher der Saargruben und Inhaber der Zollhoheit sowie mit der Francwährung nur Frankreich in Betracht. Fortschreitende Überfremdung, Entrechtung und wirtschaftliche Einverleibung müßten das natürliche Ende dieses Prozesses sein.

Von Deutschland wurden jährlich größere Summen für die Saar aufgebracht, als die Saarregierung in der gleichen Zeit an Steuern einnahm. Es sind dies die Zusatzrenten der Sozialversicherung, Invaliden- und Unfallrenten, Beamten-, Offiziers- und Kriegssopferrenten. Bei einer Fortdauer des Status quo würden diese deutschen Leistungen selbstverständlich fortfallen müssen.

Die Verminderung des Saarkohlenabfahres nach Deutschland beruht im wesentlichen auf der Abschüttelung der französischen Grubenverwaltung. Von einer gesicherten Absatzmöglichkeit für das wichtigste Erzeugnis der Saarkohle, die Kohle, in Frankreich kann nicht gesprochen werden. Die Entwicklung der Wirtschaftskrise in Frankreich beweist auf das deutlichste, daß man die Auswirkungen der Krise möglichst von der französischen Volkswirtschaft fernzuhalten und dem Saargebiet aufzuhalten bemüht ist.

Im Gegensatz dazu bietet die ansteigende Konjunktur in Deutschland eine wachsende Aufnahmefähigkeit auch für die Saarkohle, die ja früher ihren vorwiegenden Absatz in Süddeutschland fand. Dazu kommt, daß wir unter dem nationalsozialistischen Regierungssystem über eine ausreichende Autorität der Regierung und genügende Organisationsmöglichkeiten verfügen.

Vizekanzler von Papen erläuterte die unbedingte Abhängigkeit der saarländischen Wirtschaft vom deutschen Markt beweiskräftig aus der Entwicklung der Ausfuhr der schwerindustriellen Erzeugnisse. Die französische Auftragserteilung wird merklich geringer, es wird versucht, die Saarfirmen von französischen Subventionen auszuschließen, die Kohlenenergie zugunsten der französischen Produktion zu drohen.

Der französische Geldgeber zieht rücksichtslos sein Geld zurück

und bringt einen großen Teil der Bergleute, Handwerker und kleinen Kaufleute in unerhörte materielle und seelische Schwierigkeiten. Ohne eine tatkräftige Selbsthilfe der Saarbevölkerung würden hier Tausende von Haus und Hof vertrieben worden sein, da es die Regierungskommission unterlassen hat, einen Zwangsversteckungsschutz durchzuführen, so wie wir ihn im Reich haben.

Der Vizekanzler widerlegte dann die französischen Behauptungen, daß die saarländische Eisenindustrie auf lothringische Rohstofflieferungen angewiesen sei.

Überblickt man den Gesamtbereich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich, so entdeckt man nirgendwo eine unbedingte unabhängige Abhängigkeit, sondern nur einen Bereich von Wirtschaftsbeziehungen, wie er zwischen verschiedenen Wirtschaftsgebieten überhaupt besteht und angängig ist. Bei einer Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland würde diese naturgemäß Frankreich gegenüber heute stärker betonte Wirtschaftsverflechtung gegenüber der aufstrebenden deutschen Wirtschaft an Umfang und Bedeutung verlieren.

Damit ist keineswegs gesagt, daß das Saargebiet auf einen Wirtschaftsaustausch mit Frankreich verzichten soll.

Was muß der Betrieb über das „Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes“ wissen?

1. Der Zweck des Gesetzes.

Im Verlaufe der Arbeitslosigkeit wurde immer deutlicher, daß die hartnäckigsten Herde der Arbeitslosigkeit die Großstädte und die dichtbevölkerten Industriegebiete sind. Ihr Menschenüberfluß und der Arbeitermangel der Landwirtschaft stehen in krassem Gegensatz. Der Fortgang der Arbeitslosigkeit machte daher staatliche Maßnahmen notwendig, umso mehr, als sich mit dem Wiederaufleben der industriellen und gewerblichen Tätigkeit die alte Neigung zur Landflucht wieder verstärkte. So wurde am 15. 5. 1934 das „Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes“ erlassen. Dieses Gesetz bezweckt

a) die Verhinderung des ungeregelten Zuzuges in Bezirke mit hoher Arbeitslosigkeit (§ 1). Eine derartige Anordnung ist bisher nur für Berlin ergangen; die hierfür geltenden Bestimmungen haben also für den Westen (Ruhrgebiet) zunächst keine praktische Bedeutung.

b) die Erhaltung der landwirtschaftlichen Kräfte in der Landwirtschaft. § 2 bindet den Uebergang landwirtschaftlicher Arbeitnehmer in nichtlandwirtschaftliche Betriebe und Berufe an eine besondere behördliche Zustimmung. § 3 ermöglicht die Rückführung landwirtschaftlicher Arbeitnehmer, die z. Bt. in gewerblichen Betrieben tätig sind, in die Landwirtschaft.

Auf Grund dieses Gesetzes ist dann sofort die „Anordnung über die Beschränkung des Einflusses landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben und Berufen“ ergangen, die die Arbeitsämter mit der Durchführung dieser Aufgabe betraute. Diese Anordnung bestimmt im einzelnen folgendes:

2. Welche Personen (Arbeitnehmer) fallen unter die Anordnung?

Die Anordnung erstreckt sich auf Männer und Frauen, die am Tage des Inkrafttretens der Anordnung (18. Mai 1934) oder in den letzten 3 Jahren vor dem 18. Mai 1934 insgesamt wenigstens 52 Wochen in der Landwirtschaft als landwirtschaftliche Arbeiter, ländliches Gesinde, Wanderarbeiter (Schnitter), Melker oder als Familiengemehre des Bauern (Landwirts) in einer gleichgearteten Tätigkeit beschäftigt waren. Diese Arbeitnehmer dürfen in Betrieben und Berufen, die im nächsten Abschnitt näher bezeichnet sind, nur mit Zustimmung des zuständigen Arbeitsamtes eingestellt werden.

3. Welche Betriebe fallen unter die Anordnung?

Die Zustimmung zur Einstellung wird dann erforderlich, wenn die im vorigen Absatz bezeichneten Arbeitnehmer in folgenden Betrieben oder Berufen beschäftigt werden sollen: Bergbau, Eisen- und Stahlgewinnung, Metallhütten- und Metallhalbzeugindustrie, Baugewerbe und

Er soll aber nach dem Grundsatz wirtschaftlicher Wechselseitiger Ergänzung und nicht nach dem Grundsatz politischer Expression sich verhalten.

Die französische Propaganda setzt nun ihre Hoffnung darauf, daß die Übernahme der Regierung durch Adolf Hitler und den Nationalsozialismus vielen Bewohnern des Saargebietes nicht paßt. Sie hofft auf Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemalige Zentrumangehörige. Zur Deutschen Front stehen aber fast überall ehemalige Mitglieder der SPD. und KPD, Männer,

denen die Liebe zum Vaterlande mehr galt als eigenes Ich.

Nun zur Hoffnung auf den katholischen Teil der Bevölkerung. Auch hier wird Frankreich eine große Enttäuschung erleben. Es ist ganz klar, daß in diesen Kreisen große Sorge herrscht in der Frage der künftigen Entwicklung in Deutschland. Die katholische Bevölkerung des Saargebietes würde es aber als eine Veleidigung schwerster Art ansehen, würde man den Schluß daraus ziehen, daß sie auf Grund dieser Sorgen nicht für Deutschland stimmen würde.

Der Vizekanzler kennzeichnete dann die Gefolgschaft der Leute Max Braun und die Emigranten, die im Saargebiet die Träger der französischen Propaganda sind.

Die Regierungskommission, die ja bestimmungsgemäß als Treuhänderin des Saargebietes verfaßt, hat es fertiggebracht, in die Polizei Emigranten, teilweise sogar an führender Stelle, einzufügen.

Eine derartige Maßnahme ist meines Erachtens nicht tragbar. Diese Maßnahme hat in der Bevölkerung größte Erbitterung hervorgerufen und nicht dazu beigetragen, daß Ruhe und Ordnung gewährleistet sind.

Die französische Propaganda behauptet, daß im Saarland ein „unerträglicher Terror“ ausgeübt werde. Die Saarregierung nimmt das zum Anlaß, die Entsendung internationaler Polizeitruppen zu fordern. Meine Herren, die Deutsche Front hat es wirklich nicht nötig, einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben. Sie umfaßt bereits 93 Prozent der Bevölkerung, ohne daß auch nur eine Werberversammlung abgehalten wurde.

Am 18. April d. J. hat der Generaldirektor der französischen Grubenverwaltung, Guillaume, ausländischen Journalisten gegenüber gedroht,

er werde alle deutschen Bergarbeiter entlassen, und das Reich könne sehen, wie es sie ernähre. Die Verhandlungen über die Saargruben würden nach Möglichkeit in die Länge gezogen werden, der Erzbezug unmöglich gemacht. Mit dieser nicht dementierten Äußerung stimmt die fortdauernde Entlassung von deutschgesinnten Bergarbeitern und die Einstellungs zweifelhafter Elemente an deren Stelle überein.

Ist das etwa kein Terror?

Frankreich verlangt in Genf Garantien für eine unbeeinflusste Abstimmung und Sicherung des Ergebnisses der Wahl. Wir wären glücklich gewesen, wenn man uns solche Garantien in früheren Abstimmungsgebieten gegeben hätte, wo starke deutsche Minderheiten anderen Nationen zugeteilt wurden. Aber hier an der Saar liegen die Dinge anders: Frankreich macht offiziell keinen Anspruch auf Gebietserwerbungen, weil es französische Minderheiten, die etwa anzugliedern wären, dort nicht gibt.

Es handelt sich also nur um Garantien für die Deutschen, die in den Schoß der Heimat zurückkehren.

Unverständlich ist mir die Rücksicht der französischen Regierung für solche Elemente, die nicht französische Staatsbürger sind, es vermutlich auch nicht werden wollen und die aus rein innerpolitischen Motiven alles tun, um ihr eigenes Vaterland in den Augen der Welt herabzusetzen.

Baunegewerbe, Ziegeleiindustrie, sowie Bau- und Unterhaltungsbetrieben der Reichspost und der Groß- und Kleinbahnen; für weibliche Arbeitnehmer außerdem noch: Obst- und Gemüseverwertungsindustrie sowie die Berufe der Kellerinnen, Köchinnen, Hotel- und Zimmermädchen, sowie alle sonstigen Arbeiterinnen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe.

Ob ein Betrieb unter die Anordnung fällt, kann im Zweifelsfall bei den Arbeitsämtern erfragt werden.

4. Wann, wo und wie ist der Antrag zu stellen?

Der schriftliche Antrag auf Zustimmung ist in jedem Falle an das zuständige Arbeitsamt zu richten. Antragsvordrucke sind bei den Arbeitsämtern erhältlich. Zuständig ist das Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Betrieb (die Arbeitsstelle) liegt.

5. Wer hat den Antrag zu stellen?

Der Antrag ist vom Unternehmer (Arbeitgeber) zu stellen. Ob ein einzustellender Arbeitnehmer unter den in der Anordnung bestimmten Personenkreis fällt, hat der Unternehmer zu prüfen. Dabei genügt nicht die Tatsache, daß der Arbeitnehmer durch das Arbeitsamt zugewiesen wird oder sich im Besitze der gewöhnlichen Zuweisungsarte des Arbeitsamtes befindet. Zwar wird das Arbeitsamt dem Unternehmer die Prüfung durch einen entsprechenden Vermerk erleichtern. Es kann sie ihm aber nicht abnehmen, da das Gesetz ausdrücklich dem Unternehmer die Verantwortung auferlegt.

Die Zustimmung ist vor der Einstellung einzuholen. Sie wird vom Arbeitsamt schriftlich erteilt oder abgelehnt.

Ein Verstoß gegen das Gesetz mit seinen Rechtsfolgen ist auch dann gegeben, wenn der Arbeitgeber die Arbeitskraft vorläufig einstellt und erst nachher die Zustimmung des Arbeitsamtes nachsucht.

Es empfiehlt sich daher, in jedem Falle die Arbeitskräfte beim Arbeitsamt rechtzeitig anzufordern, damit keine Verzögerung in der Arbeitsaufnahme eintritt.

6. Strafbestimmungen.

§ 13 des Gesetzes: „Wer vorsätzlich einen anderen entgegen einer auf Grund der §§ 1—3 erlassenen Anordnung als Arbeiter oder Angestellter einstellt oder beschäftigt, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich vorsätzlich entgegen einer nach den §§ 1—3 erlassenen Anordnung als Arbeiter oder Angestellter einstellen oder beschäftigen läßt.“

Wer die Tat fahrlässig begeht wird mit Geldstrafen bis zu 150,— RM bestraft.

Aber wie dem auch sei, die deutsche Regierung ist vollkommen bereit, die Garantie für die Zeit nach der Abstimmung zu übernehmen, die ihr billigerweise zugemutet werden könne. Wir wollen unsererseits nichts unversucht lassen, um dieses traurige Kapitel des Friedensvertrages mit möglichstster Beschleunigung so abzuschließen, daß es in Zukunft keinerlei Streitfragen darüber zwischen Frankreich und uns geben kann.

Goebbels über die Neugestaltung des deutschen Theaters.

Vor den Mitgliedern des Deutschen Bühnenvereins, der zur Zeit in Dresden eine Tagung abhält, sprach Reichsminister Dr. Goebbels in einer großen Kundgebung in der Dresdener Staatsoper über das deutsche Theater im neuen Deutschland.

Der Minister wies zunächst darauf hin, daß auch die deutsche Revolution ihren ganz großen und einfachen Zug habe, der allen wahren Revolutionen eigen sei. Es handele sich bei einer Revolution nicht so sehr um die Umgestaltung machtpolitischer Verhältnisse, sondern im wesentlichen um den

Durchbruch neuer Ideen und neuer Anschauungsweisen.

Das sei auch bei der deutschen Revolution der Fall gewesen, die sich wie jede echte Revolution nicht im Theoretischen und Programmatischen erschöpfte habe. Die Revolution erhebe auch die Kunst in eine neue Bedeutung. Sie ändere das Verhältnis des Volkes zur Kunst und umgekehrt. Das müsse gesagt werden, um die Kunst und ihre geistigen Träger vor Irrwegen zu bewahren.

Die Kunst gewinne zum Publikum erst dann das richtige Verhältnis, wenn sie versuche, zu denken und zu handeln wie die Zeit, in die sie hineingestellt sei. Erhebe die Kunst ihre Zeit über ihr bloßes Dasein hinaus und gebe sie der Zeit eine Wertigkeit, die über die Jahrzehnte hinaus wirkt, dann könne man von Kunst im edleren Sinne sprechen.

Dann ist die Kunst auch die erste geistige Ausdeuterin und Sinngeberin der Zeit.

Wenn politische Umbruchzeiten die Völker mit neuen Impulsen erfüllen, so kann die Kunst sich dem nicht entziehen, und je eher sie in den Ablauf der Dinge sich hineinsetzt, um so besser für sie und ihre Lebensfähigkeit.

Politische Hochzeiten sind immer der Vorläufer geistiger und kultureller Hochzeiten gewesen.

Aber man muß auch Zeit zum Warten haben und nicht Früchte pflücken wollen, ehe sie reif sind. Auch wir haben warten gelernt. Es war das Wunder der nationalsozialistischen Revolution, daß sie vierzehn Jahre Zeit zum Warten hatte. Wir blieben unveränderlich, während eine ganze Welt sich umstellen mußte.

Das, was für diesen historischen Prozeß gilt, gilt auch für den Prozeß der kulturellen Gestaltung der neuen Zeit. Niemand darf angesichts der Tatsache, daß diese Gestaltung noch nicht sichtbar geworden ist, an der künstlerischen Zukunft unseres Volkes zweifeln.

Wir haben die Aufgabe, zu warten und uns bereitzumachen.

Von Anfang an, so fuhr dann Dr. Goebbels fort, ist das Theater Ausdrucksform religiöser Inbrunst und war immer die Angelegenheit eines ganzen Volkes. Immer dann verfiel das Theater, wenn es seine lebendige Beziehung zum Volke verlor. In Deutschland entartete das Theater im Zeitalter des Liberalismus. Das Theater wurde zur Tonne der Experimentierkunst herabgewürdigt. Es ging nur noch eine kleine Oberschicht an und verlor seine Wurzeln im Volke. Damit verlor es seinen Nährboden.

pn. Schwelm. Weitere Suchaktionen nach Helga Me-
kus. Am Donnerstag fanden die Suchaktionen mit Schü-

ferhunden unter der Leitung des Bochumer Polizeipräsidenten Schleimann in der Umgebung Schwelms statt. Nach diese Nachforschungen waren erfolglos. Helga Melas ist nun bereits eine Woche verschwunden. Auch auf dem Gebiet zwischen Schwelm und Milsepe fanden Freitag durch die zentrale Nordkommission Bochum, die Schwelmer und Milseper Polizei und die oberen Klassen der Milseper Schulen weitere Suchaktionen statt. Man nimmt an, ohne dafür Unterlagen zu haben, daß das Kind das Opfer eines Sexualverbrechens geworden ist.

Münderoth. Frühe Kirchenernte im Oberbergischen.
In Münderoth — seit jeher bekannt durch sein mildes Klima — sind bereits die ersten Kirchen reif, so daß hier die Ernte drei Wochen früher als sonst einsetzen kann.

Deutsche Luftfahrts-Ausstellung in Dortmund.

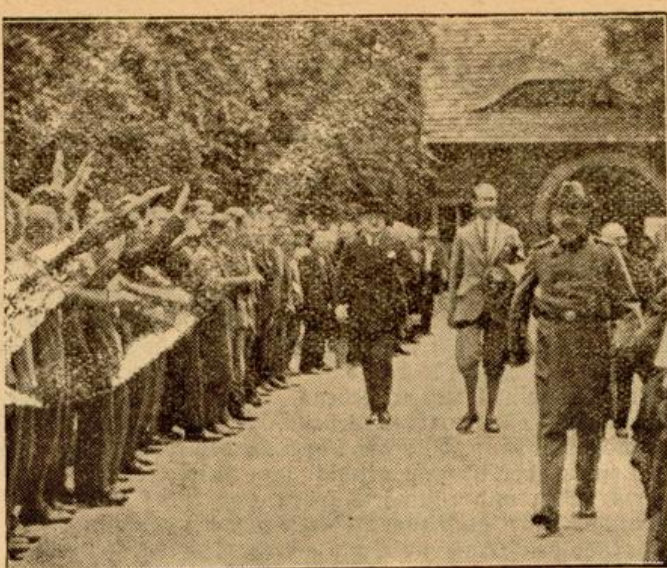
Tollfahner Fallschirm-Ab sprung auf der Volkswiese.
Die von der Ausstellungsleitung der Deutschen Luftfahrts-Ausstellung Dortmund 1934 vorgesehenen Veranstaltungen bezwecken, weiteste Kreise der Bevölkerung von der dringenden Notwendigkeit des deutschen Luftsportes zu überzeugen. In wenigen Stunden können Tausende fremder Flugzeuge Dortmund erreichen und es in Schutt und Asche legen. Die deutsche Fliegerei ist nach dem Versailler Vertrag lediglich privaten Kreisen gestattet. Deswegen muß ein jeder seine nationale Pflicht erkennen, die Luftfahrt fördern und dem deutschen Luftsportverband beitreten.

Am Sonntag, dem 3. Juni, wird der Dortmunder Bevölkerung ein hervorragendes Schauspiel geboten. Die Ur anfänge aller Fliegerei werden von dem Luftakrobaten Conrad praktisch vor Augen geführt. Pünktlich um 16 Uhr steigt auf der Volkswiese ein Heißluft-Ballon auf, von dem der Fallschirmab springer Conrad vor den Augen der Zuschauer massen ab springen wird. Der Pilot wird zunächst einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Ballon-Luftfahrt geben und im Anschluß daran seinen Fallschirm erklären, der ihn 122 mal zur Mutter Erde zurückbrachte. Sodann wird die Fahrt in die Lüfte angetreten. Die Füllung, der interessanteste Teil, geht wie folgt vonstatten: Die Ballonhülle wird an vier 12 m hohen Masten aufgehängt, darunter werden in einem besonders konstruierten Ofen 3 Ztr. Stroh verbrannt; durch die Luftherwärmung bläht sich die Hülle immer mehr und mehr, die 35 Mann kaum noch festhalten können. Der 16 m hohe und 12 m im Durchmesser große Ballon hat seine starke Auftriebskraft, der Augenblick ist da, wo er weg muß. Das kurze Kommando des Piloten Conrad — „Los!“ ertönt, und schon saust das Unglück mit der großen Geschwindigkeit von 50—60 Stundenkilometer steil in die Lüfte, unter ihm an einem Trapez, mit dem Kopf nach unten und nur mit den Füßen sich haltend, der waggenutige Pilot. Sind nun einige 100 m Höhe erreicht, springt Conrad mit seinem Fallschirm ab. 100—150 m fällt er im freien Fall durch die Luft, der Fallschirm hat sich jedoch dann entfaltet, und sicher gleitet der Mutige der Erde zu. Die Ballonhülle treibt noch ein kurzes Stück weiter, um dann, vollkommen von Luft entleert, in dichter Nähe des Piloten zu landen.

Die Veranstaltung ist von einer Reihe anderer fliegerischer Darbietungen umrahmt. Damit jeder dem einmaligen Schauspiel beiwohnen kann, beträgt der Eintrittspreis nur 0,30 RM. Außerdem berechtigt die ausgegebene Eintrittskarte beim Vorzeigen an den Kassen der Deutschen Luftfahrts-Ausstellung Dortmund 1934 zu der ermäßigten Eintrittsgebühr. — Niemand veräume, sich den interessanten Fallschirm-Ab sprung anzusehen.

Das deutsche Volk muß ein Volk von Fliegern sein!

Bekanntlich verbietet uns der § 198 des Versailler Vertrages nicht nur die Luftwaffe, sondern sogar die Verwen-



Der Prinz von Pleh kehrt aus der Gefängnishaft zurück.

Bei der Entlassung des Prinzen von Pleh aus dem Gefängnis von Nikolski kam es zu lebhaften Vorfällen, die den Bevölkerung, die damit ihrer Ablehnung des ungerechten Urteilspruches Ausdruck verlieh. Der Prinz war bekanntlich von polnischen Gerichten zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt worden, weil er einen Danziger Staatsangehörigen beschäftigt hatte. Unser Bild zeigt den Prinzen von Pleh beim Verlassen seines Gutschloßes nach der Entlassung aus der Haft; die Arbeiter begrüßen ihn mit dem deutschen Gruß.

bung staatlicher Mittel für den Luftsport.

Daß es wieder einmal ein geeinigtes deutsches Volk geben würde, haben die Urheber des Schandvertrages nicht in Rechnung gezogen, aber auch nicht den Opfern, dessen das deutsche Volk fähig ist. Die freiwilligen Spenden, die den deutschen Luftsport aufbauen, verbietet uns kein Versailler Diktat. Hier ist eine Lücke in dem Machtwerk; dieser sich zu bedienen, ist eine Lebensnotwendigkeit für uns — eine Selbstverständlichkeit. Darauf zu verzichten, wäre Dummheit.

Wohl dürfen wir keine Militärflugzeuge bauen, aber Luftsport zubereiten und den deutschen Menschen zum Fliegen zu machen, hängt ganz allein von uns ab und von unserer Opferbereitschaft.

Deutsche Männer und Frauen!
Helft den blaugrauen Sportfliegern beim Aufbau! Gebt Euer Scherlein für den Wiederaufbau der deutschen Luftfahrt!

Tretet ein in den Deutschen Luftsport-Verband!
Josef Wagner, Staatsrat.

Schüleraustausch in den Ferien.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht erläßt folgenden Aufruf:

Schüler und Schülerinnen der Preussischen höheren Lehranstalten, meldet euch bei eurem Direktor für den innerdeutschen Schüleraustausch, der in den Ferien von Familie zu Familie durchgeführt wird. Eltern, gebt eure Einwilligung, denn die Überwachung des Austausches liegt in unseren Händen. Der Kostenaufwand ist gering, da nur das um 50 Prozent ermäßigte Reisegeld und gegebenenfalls 1,50 Mark für Unfallversicherung aufzubringen sind. Die Austauschpartner verleben ihre Ferien gemeinsam, um sich kennen-zulernen. Der Gegenbesuch ist für die darauf folgenden Ferien vorgesehen.

Die Herren Direktoren werden gebeten, die Meldungen spätestens am 9. Juni an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, weiterzugeben. Der zuständige Sachbearbeiter im Zentralinstitut.

Studienassessor von Schumann, wird am 3. Juni um 15,40 Uhr über den Deutschlandsender nähere Anweisungen zur Durchführung des Austausches geben.

Das kirchliche Reformwerk.

Eingliederung der Braunschweigischen Landeskirche.
Der Braunschweigische Landeskirchentag hat in seiner Freitag-Sitzung die, wie Präsident Staatsrat Vertram in seinen Eröffnungsworten ausführte, die letzte in der gegenwärtigen Form des Landeskirchentages gewesen sein dürfte, ein von der Kirchenregierung vorgelegtes Gesetz einstimmig angenommen, durch das die Befugnisse der braunschweigischen Evangelisch-lutherischen Landeskirche auf die Deutsche Evangelische Kirche übertragen werden. Der Sitzung wohnten Reichsbischof Müller und Ministerialdirektor Dr. Jäger aus Berlin bei. Die übertragenen Befugnisse und die Befugnisse des Reichsbischofs beziehen sich nicht auf Bekenntnis und Kultus; die Landeskirche bleibt insofern gemäß Artikel 2 Ziffer 3 der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 11. Juli 1933 selbständig.

Riesenfeuer in Elbing.

Holzfabrik vernichtet. — 160 000 Mark Schaden.

Ein großes Brandunglück suchte in der Nacht die Stadt Elbing heim. In der bereits 1927 abgebrannten und dann wieder neu erbauten Holzindustrie Wittkowsky brach Feuer aus, das in dem riesigen etwa 100 Meter langen Trockenlager reiche Nahrung fand.

Die Feuerwehren von Elbing und aus den benachbarten Orten sowie Hunderte von Helfern von der SA, SS, und PD, mußten sich darauf beschränken, die anliegenden Gebäude vor dem Übergreifen des Feuers zu schützen. Der riesige Gebäudekomplex brannte vollständig nieder. Die Feuerwehren und Hilfsmannschaften waren bis zum frühen Morgen mit den Löscharbeiten beschäftigt.

Nach längerer Zeit hatte die Fabrik wieder voll zu tun und konnte in den letzten Monaten über 100 Arbeiter neu einstellen. Die Belegschaft betrug gegenwärtig 350 Mann, die nun Arbeit und Brot verlieren. Der Schaden dürfte etwa 160 000 Mark betragen.

Was man noch wissen muß.

Maßregelung studentischer Körper.

Berlin. Da die studentischen Körper „Bandalia“-Heidelberg, „Suevia“-München und „Suevia“-Tübingen der Durchführung des Arterparagaphen nicht nachgegeben sind, hat sich nunmehr die Führung der Deutschen Studentenschaft gezwungen gesehen, ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu diesen Körpern zu verbieten.

Zwei Kindesmörder zum Tode verurteilt.

Halle. Das halle'sche Schwurgericht verurteilte die 22jährige Ida Hermann und den 57jährigen Karl Pohlert aus Erbeborn im Mansfelder Seekreis wegen Mordes bzw. Anstiftung zum Morde zum Tode. Die Verurteilte hatte auf Anstiftung von Pohlert ihr vier Wochen altes Kind mit einem Kopfstößen ersticht.

Berühmtes amerikanisches Kloster durch Feuer vernichtet.

Unioncity (New Jersey). Das berühmte Kloster St. Michael und die Klosterkirche sind durch eine schwere Feuersbrunst zerstört worden. In der Klosterkirche ist ein prachtvoller Altar und wertvolles Kirchengerät unter den Trümmern der Mittelturme brennend. Die Kirche war ein vielbesuchter Wallfahrtsort der Pfaffen.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.
Hauptkassierer: Wilhelm Bell, Stellvertreter: Robert Bell, für Anzeigen: Robert Bell; beide in Halver.

D. A. IV. 34: 1704

Sonntag sind die Geschäfte in Halver von 2-6 Uhr geöffnet.

N S D A P



3. Geld-Lotterie

für Arbeitsbeschaffung

404170 Gewinne und 20 Prämien.

Reichsmark

1500000

20 Gewinne zu RM. 5000 100000

20 Prämien zu RM. 2500 50000

Höchstgewinn auf ein Doppelloos 15000

LOSPREIS 1 REICHSMARK

LOSE HIER ZU HABEN

Ziehung 21.—22. Juli 1934.

Einzellose 1 RM.
Doppelloose 2 RM.

Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

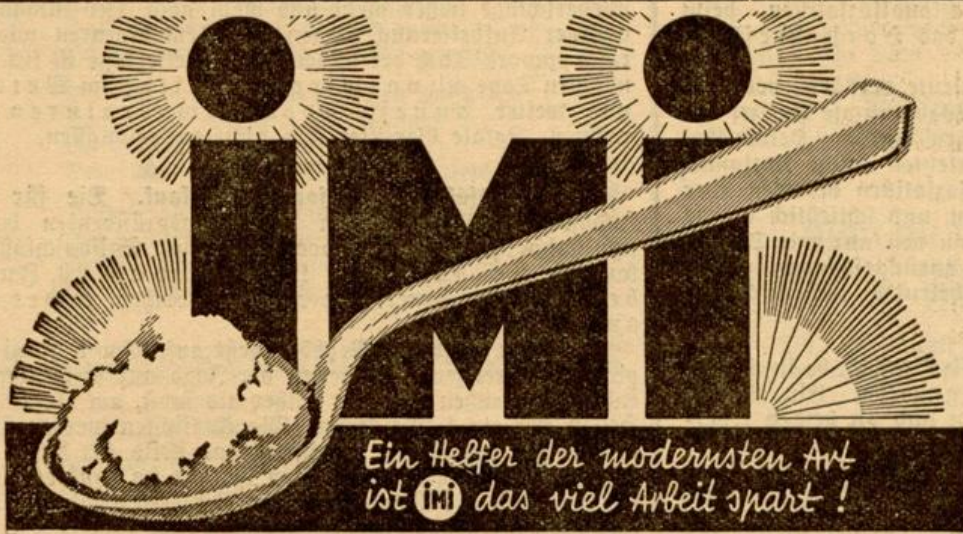
Ernst Adolf Höller, Ehringhausen b. Breckerfeld.

Verheiratet:

Karl Santer, Halver und Emmi Eider, Solberg.

Gestorben:

Herrn Johann Lieb, Henrichs geb. Kentemich, Dahlebrück, 74 J. alt. — Albert Schuster, Stüttinghausen b. Brügge, 34 J. alt. — Frau Ida Boeder, geb. Herberg, Voh b. Breckerfeld, 76 J. alt. — Heinrich Bachhaus, Brügge, 55 J. alt.



Ein Helfer der modernsten Art ist IMI das viel Arbeit spart!

Zur Stellenbesetzung

Den Hausfrauen, die gutes Hauspersonal suchen, den Stellenlosen, die einen geeigneten Wirkungskreis erheben, und allen denen, die aus irgend einem Grunde ihre Stelle wechseln, oder sich verbessern möchten, sei geraten, sich an unsere Geschäftsstelle Halver, Kirchstraße 5, zu wenden. Diese vermittelt Personalanzeigen zu Originalpreisen, also ohne Spesenzuschlag, für das bekannte

Dahheim

(über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete verbreitet)

Die neuen Preise ab 1. Januar 1934 (nach dem neuen Werbegehalt):

Stellengesuche 20 Pfg. für die mm-Zeile
Stellen-Angebote 27 Pfg. (• 22 mm breit)
Danach kostet eine Druckzeile (• 2 1/2 mm Höhe)
Stellen-Gesuche 45 Pfg. für die Druckzeile
Stellen-Angebote 60 Pfg. (• 5 Zeilen)

(Ein einmaliges Inserat führt meist zum Ziele).

Die Geschäftsstelle:

Allgemeiner Anzeiger Halver.

Suchen Sie eine passende



Eine solche erhalten Sie im Optischen Institut von

Franz Schneider, Halver (Adler)

Mitglied des Verbandes deutscher Optiker.

Bei sämtl. Kassen zugelassen.

Rölnen Produkten.

	1. 6.	29. 5.
Weizen rhein.	20.30	20.10—20.50
Weizen auel.	25.00—26.00	24.00—25.—
Roggen rhein.	17.30—17.50	17.00
Hafer hiesiger	19.00	17.25—17.50
Futtergerste auel.	—	—
Wintergerste inl.	—	—
Sommergerste inl.	—	—
Mais grober	18.60	18.40
Mais kleiner	19.60	19.40
Weizenmehl inl.	27.40—28.90	27.40
Roggenmehl	25.55	25.55
Roggenmehl inl.	21.55	21.55
Weizenkleie	10.85	10.75
Roggenkleie	11.50	11.50
Bierreber	14.75—15.00	14.50—14.75
Reinluchmehl	17.60—17.75	17.60—17.75
Erbsenluchmehl	16.40—16.85	16.40—16.50
Soyaschrot	16.10—16.40	15.75—16.00
Rapskuchen	15.00—15.25	14.75—15.00
Palmerluchmehl	15.35—15.50	15.00—15.25
Trockenschmelz lose	10.40—10.60	10.20—10.40
Rübenruchmehl lose	12.00—12.50	11.50—12.00
Rohmehl	7.25—8.00	7.00—7.75
Weizenheu lose	6.00—6.30	6.00—6.30
Rotkleeheu lose	7.70—8.00	7.70—8.00
Luzerneheu lose	8.90—9.30	8.90—9.30
Roggenstroh	1.00—1.10	1.00—1.10
Weizenstroh	0.90—1.00	0.90—1.00
Haferstroh	0.90—1.00	0.90—1.00

Roggen stetig, Mehle lebhaft, Hafer und Mais

fest; Gerste geschäftslos. Kraftfuttermittel sehr fest.

Rölnen Butternotierungen vom 1. Juni

Deutsche Markenbutter 126 (gulekt 126), feine deutsche Molkereibutter 123 (123), Molkereibutter 119 (119) Rm. per 50 kg.